

kriens

Begründung zur Motion

Motion B. Bienz: Austritt aus dem Verband der Luzerner Gemeinden Nr. 189/2019

Eingang

21. Februar 2019

Zuständiges Departement

Präsidialdepartement



Antrag des Stadtrates: Ablehnung

Begründung

Der Stadtrat teilt grundsätzlich die Meinung des Motionärs, dass die angefangene Reform des Verbands der Luzerner Gemeinden (VLG) nicht als abgeschlossen betrachtet werden darf und weitere Bestrebungen zur besseren Zusammenarbeit notwendig sind. Der VLG hat sich zwar reformiert, ist aber noch nicht dort angekommen, wo der Stadtrat ihn gerne sähe. Ein Austritt als Protestnote ist ein oft angewendetes Instrument. Es könnte sein, dass damit die Erneuerung des VLG beschleunigt werden könnte. Allerdings ist der Stadtrat zum heutigen Zeitpunkt und in der aktuellen Situation nicht dieser Auffassung und empfiehlt die Motion aus folgenden Gründen abzulehnen:

1. Der Stadtrat hat sich im Rahmen des Legislaturprogrammes eine gute Vernetzung in der Agglomeration und im Kanton Luzern zum Ziel gesetzt. Für eine tragfähige Zusammenarbeit im Kanton Luzern stellt der VLG noch immer eine wesentliche Stütze dar, auf die nicht verzichtet werden kann.
2. Ein Austritt aus dem VLG wäre ein Signal gegen die Absicht des Stadtrates, gut vernetzt zu sein und sich in allen Gremien konstruktiv und aktiv einzubringen.
3. Mit Postulat Nr. 050 und 051/2013 hat der damalige Gemeinderat ausführlich dargelegt, weshalb er einem Austritt nicht zustimmen will. Die Begründung ist grundsätzlich noch immer gültig. Es wird bezweifelt, dass mit einem Austritt aus dem VLG urbane Probleme schneller und besser erkannt und behoben werden können, als mit einer Mitgliedschaft.
4. Der Prozess der starken Stadtregion wurde 2009 gestartet. Der Prozess endete im Februar 2011 mit einem Schlussbericht, in welchem eine Fusion der verstärkten Kooperation gegenübergestellt wurde. In der Folge fanden diverse Volksabstimmungen statt. Am Ende des Prozesses stand als Resultat fest, dass Fusionen nicht mehrheitsfähig sind. Die Region hat sich jedoch zu einer intensiveren und engeren Zusammenarbeit zur Lösungen der gemeinsamen urbanen Herausforderungen bekannt. Aus diesem Prozess sind die K5 (Kernagglomeration 5) entstanden als eigenständiges Projekt des regionalen Entwicklungsträgers. Luzern Plus, allerdings ging es dabei nie um eine Konkurrenz zum Verband der Luzerner Gemeinden. Eine Entgegennahme des Vorstosses würde demnach den Eindruck erwecken, dass sich diese beiden Plattformen der Zusammenarbeit, VLG und K5, ausschliessen würden. Dieser Meinung ist der Stadtrat nicht und möchte deshalb auch keine solchen Signale aussenden.

5. Weil der Prozess bereits mehrere Legislaturen zurückliegt, ging viel Wissen daraus wieder verloren. Die Errungenschaften werden mittlerweile als selbstverständlich angesehen und gewisse innovative Kräfte aus der Pionierphase sind etwas erlahmt. Der Stadtrat ist deshalb zurzeit in Verbindung mit verschiedenen Akteuren und tauscht sich über unterschiedliche Möglichkeiten der Zusammenarbeit aus. Der Stadtrat sieht die Sonderrolle der Stadt Luzern als Nicht-Mitglied des VLG als kritisch an. Der Stadtrat will im Dialog mit den Luzerner Gemeinden bleiben. Ein Austritt aus dem VLG wäre nicht der richtige Weg. Deshalb werden Gespräche für eine mögliche Neuausrichtung innerhalb des VLG geführt, um die Ziele der Agglomerationsgemeinden zu stärken. Die Diskussionen über das richtige Modell werden zurzeit ergebnisoffen geführt. Welches Modell und welches Profil gestärkt werden sollen, kann noch nicht kommuniziert werden. Eine Entgegennahme des einen oder des anderen Vorstosses wäre demnach präjudizierend und nicht im Sinne einer gemeinsamen Suche nach einer soliden, zukunftsfähigen Zusammenarbeit im Kanton, wie auch in der Agglomeration.
6. Allein schon das Wachstum der urbanen Zentren und Subzentren führt zu einer Verschiebung der Kräfte innerhalb des Kantons und damit innerhalb des VLG. Sofern die urbanen Zentren im Stande sind ihre Kräfte zu bündeln, kann der VLG als organisatorisches Element den Gemeinden eine grosse Hilfe sein. Abseitsstehen ist entsprechend keine Option für den Stadtrat.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der Stadtrat möglichst alle Gefässe nützt, um sich zu beteiligen und mittels eines guten Netzwerkes seine Vorstellungen und politischen Forderungen einbringt. Keines der Gefässe ist fehlerfrei und absolut ideal aufgestellt. Der Stadtrat will jedoch seinen Einfluss geltend machen, indem er aktiv involviert ist und nicht indem er passiv aussen vor steht.

Kriens, 10. April 2019